

8 Die Konsolidierung des Rechtsschutzvereins

8.1 Erste Schritte und beginnende Kriminalisierung

Die Kaiseraudienz der drei Ruhrbergleute und die Einrichtung der Untersuchungskommission gaben nicht nur dem Aufbegehren der Bergleute den Anschein der Legitimität, sie verliehen auch dem traditionellen Weg der Konfliktregelung neue Impulse. Wilhelm II. erhielt so „*die psychologische Qualität und Funktion eines letzten Rettungsankers*“¹. Nicht mehr Berginspektionen oder Bergwerksdirektion galten nunmehr als Ansprechpartner, man übersprang die vorgelagerten Kanalisierungsmöglichkeiten, die im Streik ostentativ versagt hatten, und wandte sich direkt an die höheren Instanzen: Oberbergamt, Minister, Parlament, Monarch. Auf dieser neuen Grundlage gewann der Petitionismus wieder an Attraktivität. „*Von seinen Untergebenen wird er belogen*“, nannte Warken am 20. Oktober 1889 als Begründung für eine erneute Petition an den Kaiser².

Dieser Rückgriff ist jedoch nicht nur ideologiekritisch als Traditionsüberhang zu bewerten. Denn der seit dem Mai-Streik wiederbelebte Petitionismus diente gleichzeitig zur Identitätsfindung der neuen Organisation, er wurde zum Mittel der Verständigung über Situation und nächste Forderungen und somit zum Vehikel der subjektiven Vereinheitlichung. Gewerkschaftliches Reformprogramm und vorgewerkschaftliche Konfliktregelung bedingten einander im Anfangsstadium der Bergarbeiterbewegung.

Am 22. September 1889 veranstaltete der RSV seine erste Massenversammlung seit dem Mai-Streik. 15 000 Bergleute kamen zum St. Johanner „*Tivoli*“, dessen Fassungsvermögen kurz vorher auf 1000 reduziert worden war: „*Da die Behörde kein Interesse daran hatte, die Aufsuchung eines größeren Lokals für die ebenso überflüssige wie gefährliche Versammlung zu provociren, so ließen wir die fragliche Verfügung dem Warken absichtlich erst so spät insinuiren, daß die rechtzeitige Anmeldung eines anderen Lokals unmöglich war*“, berichtete Landrat zur Nedden³.

Sowohl Dasbach als auch der Kaiserdelegierte Schröder – gewissermaßen die Figuration der späteren Konfliktlage im RSV – waren anwesend. Warken hielt die Waage zwischen beiden: „*Durch das Streiken schaden wir dem Fiskus; der Fiskus ist der Staat und der Staat sind wir*“⁴, warnte er ganz im Sinne Dasbachs und berief sich dabei auf Bismarck und „*die Worte des Kaisers, daß jeder Arbeiter seinem Herzen gleich nahe stehe*“⁵. Gleichzeitig propagierte er gemeinsam mit Schröder die Gründung einer nationalen Bergarbeitervereinigung. Die Versammlung verabschiedete einen Forderungskatalog⁶ – im wesentlichen eine Neuauflage des „*Bildstocker Protokolls*“ – und wählte zwei Delegierte je Inspektion, die zu Verhandlungen auf dieser Grundlage ermäch-

1 Tenfelde: Sozialgeschichte, S. 593.

2 BM Neff/St. Johann an LR vom 22. 10. 1889, Abschrift LHAK 442/4138.

3 LR zur Nedden/SB an RP vom 24. 9. 1889, Konzept KrASB S/4 a, Ausfertigung LHAK 442/4138.

4 Dto. vom 24. 9. 1889, LHAK 442/4138.

5 SJZ vom 24. 9. 1889 (Nr. 223). Weitere Versammlungsberichte in SZ vom 23. 9. (Nr. 222) und 24. 9. 1889 (Nr. 223), St. Johann-Saarbrücker Anzeiger vom 24. 9. 1889 (Nr. 223). Vgl. Brandt, S. 66 f. E. Müller, S. 53. Imbusch, S. 372.

6 Die „*Tivoli-Beschlüsse*“ sind abgedruckt in Glückauf/NK vom 28. 9. 1889 (Nr. 9), Abschrift LHAK 442/4138.